Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder deren Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 3.—, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 3.75. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich vierteljährlich ℳ 4.50, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Redaktion und Expedition:
Johannisgasse 8. Fernsprecher 153 u. 222.

Filialexpeditionen:
Alfred Hahn, Buchhandlg., Universitätsstr. 3 (Fernspr. Nr. 4046), L. Lösche, Katharinenstraße 14 (Fernsprecher Nr 2935) u. Königsplatz 7 (Fernsprecher Nr. 7505).

Haupt-Filiale Dresden:
Marienstraße 34 (Fernsprecher Amt I Nr. 1713).

Haupt-Filiale Berlin:
Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg., Lützowstraße 10 (Fernsprecher Amt VI Nr. 4603.)

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt
und
Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und des Königlichen Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Reklamen unter dem Redaktionsstrich (4gespalten) 75 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 50 ₰.
Tabellarischer und Ziffernsatz entsprechend höher. — Gebühren für Nachweisungen und Offertenannahme 25 ₰.
Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.
Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: nachmittags 4 Uhr.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Die Expedition ist wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.
Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig (Inh. Dr. B., R. & W. Klinkhardt).

Nr. 71. **Dienstag** den 9. Februar 1904. **98. Jahrgang.**

Das Wichtigste vom Tage.

* Im Reichstage wird der Antrag des Präsidenten Graf Ballestrem, die Beratung aller zum Titel Reichsamt des Innern gestellten Resolutionen sozialpolitischer Art erst nach Beendigung des Reichshaushaltsetats zur Debatte zu stellen, einstimmig angenommen.

* Der Präsident der sächsischen Zweiten Kammer, Geh. Hofrat Dr. Mehnert nimmt an den Verhandlungen des deutschen Landwirtschaftsrates in Berlin teil.

* Auf dem Auswärtigen Amt in Berlin hat man nur noch geringe Hoffnung auf eine friedliche Beilegung des russisch-japanischen Konflikts.

* Ein Riesenbrand ist in Baltimore in Amerika ausgebrochen. Die Bevölkerung flüchtet.

Staatsgewalt und Suggestion.

In Hamburg ist eine Versammlung verboten worden, weil die Behörde in vorhergehenden Versammlungen derselben Veranstalterin — eine Dame hatte sie abgehalten — den Eindruck gewonnen hatte, daß als Zuhörer viele minderjährige Personen erschienen waren, die nur der Wunsch herbeigelockt hatte, einen möglichst kräftigen Biß in die verbotene Frucht des „pikanten" Themas zu tun. Das zweckmäßigste scheint dem Fernstehenden natürlich, in Zukunft lüsterne Burschen und allzu neugierige Mädchen von solchen Versammlungen auszuschließen, allein der Hamburger Syndikus Dr. Schäfer hat den Reichstag darüber belehrt, daß das dort bestehende Vereins- und Versammlungsrecht der Polizei diese Befugnis nicht gewährt. Diesem Sachverhalt gegenüber drängt sich die Frage auf: Tat die Hamburger Behörde besser, die Versammlung zu verbieten, der Rednerin das Wort, den Zuhörern vielleicht nützliche Aufklärung zu entziehen, um die Jugend vor Infektion zu schützen oder hätte sie die Freiheit berechtigter Propaganda wahren sollen, auf die Gefahr hin, Unsittlichkeit zu verbreiten? Wir meinen, da die Rednerin die Bekämpfung der Unsittlichkeit zu ihrem Beruf macht, so dürfte gerade sie sich über die Entscheidung der Hamburger Behörde nicht allzu bitter beklagen. Nur eine Aenderung des Versammlungsrechts wäre nötig, die der Behörde wie bei uns in Sachsen das Recht beilegte, Minderjährigen den Zutritt zu verwehren, um so, indem sie den Machtbereich der Polizei in gewissem Sinne erweiterte, ihr anderseits den bequemen Vorwand zu willkürlichen Verboten benähme. Dringen wir aber tiefer ein, so tritt uns der alte Zwiespalt zwischen den Staatsauffassungen entgegen, deren eine ihren historischen Ausgangspunkt in Potsdam, deren andere ihn in Manchester hat.

Indessen können wir nicht leugnen, daß gerade die neuesten Erweiterungen unseres Wissens, zumal auf psychologischem Gebiete, der „veralteten" Anschauung von der Allmacht des Staates insofern entgegenkommen, als sie ihm immer neue Verpflichtungen nahe legen. Ein altes Konversationslexikon von 1854 z. B. enthielt das Wort „Suggestion" noch gar nicht. Heute hantiert selbst der Halbgebildete — und gerade dieser oft mit Vorliebe — mit dem Begriff, der unseren Großvätern fremd war, auch wenn sie auf der Höhe der Zeitbildung standen. Wir wissen jetzt, daß die Suggestion wie eine seelische Ansteckung wirkt, daß sie Laster erzeugt, Verbrechen zeitigt und angesichts dieser Tatsachen muß der Staat Stellung nehmen und hier nicht minder wie auf wirtschaftlichem Gebiete gilt es, sich zwischen der Doktrin, die den lieben Gott einen guten Mann sein läßt, und der Anschauung, die das Eingreifen des Staates fordert, zu entscheiden.

Es ist heutzutage fast ein Wagnis, dem Staate ein Recht zur Einschränkung individualistischer Freiheit zuzusprechen. Nur zu leicht mißverstehen die Ewiggestrigen, die sich der Einsicht, daß „alles fließt", töricht widersetzen, absichtlich eine solche Aeußerung und deuten sie gegen die persönliche Initiative aus, die uns so not tut und die der Staat, wo er nur kann, fördern sollte. Und es ist gewiß falsch, dem Staat immer neue Aufgaben aufzubürden, das Beamtenheer immer mehr zu verstärken und die bequeme Neigung des Deutschen, der so gern die Hände in den Schoß legt und vertrauensvoll nach oben blickt, noch zu begünstigen. Anderseits aber kann ein Staat sich schweren Uebeln gegenüber nicht auf das „laissez faire, laissez passer et tout s'arrangera" zurückziehen. Der Philosoph, der von der Harmonie des Weltgeschehens noch so fest überzeugt ist, wird sich, wenn er nicht nebenbei noch ein kompletter Narr ist, im praktischen Leben, wenn seine Interessen gefährdet sind, nicht mit dem Hinweis auf das so überaus wohltätige freie Spiel der Kräfte abfinden lassen. Er wird feste um sich hauen und was dem Privatmann recht ist, ist dem Staat, dem ja ein ethisches Mandat in Seite steht, sicher billig.

Wie verheerend die Suggestion wirkt, zeigt uns, um einige Beispiele herauszugreifen, das Laster des Spiels. Jeder weiß, wie die Umgebung hier ihren Einfluß übt, und wer es nicht weiß, der braucht nur nach Lektüre dieses Artikels ein Billet nach Monte Carlo zu lösen und in neun Hüllen von zehn, sehen wir in einigen Tagen einer von gemischten Gefühlen diktierten Zustimmungserklärung — natürlich per Ansichtspostkarte — entgegen. Sonderbar wirkt es daher, wenn das preußische Staatsministerium dem wirklich groß angelegten Gimpelfang, den Herr Scherl inszenieren wollte, wohlwollend entgegenkam. Gewiß ist die Lotterie eine relativ harmlose Aeußerung des Spieltriebes, aber auch diese feine Abart sollte nie ermutigt werden, solange man Fleiß und Sparsamkeit als die Grundlage individueller und nationaler Wohlfahrt preist. Wie furchtbar das Laster des Spiels in Deutschland heute grassiert, ist vielleicht nicht allgemein bekannt; aber freilich, in gewissen Kreisen findet man diesen germanischen Erbfehler höchst chevaleresk und die ihrer Herkunft nach minder germanische Lebewelt fühlt sich daher auch zu einem standesgemäßen „Jeuchen" verpflichtet. Das Spiel auf den Rennplätzen erfährt nur lauen Tadel und, wenn man den Ausführungen der Regierungsvertreter und der konservativen Abgeordneten glauben darf, so müssen sich unsere Friseure und Kellner durch Rennwetten zu Grunde richten, denn die Pferdezucht fordert es. Das Vaterland braucht Remonten. Das Vaterland! rief Herr v. Podbielski mit erhobener Stimme. Solchen Argumenten läßt sich schwer widersprechen, denn wer möchte sein Vaterland schädigen? Es ist ein abscheulicher Unfug, das Wort Vaterland „unnützlich zu führen". Worte, die eine Feiertagsstimmung in uns wecken, sollten am Alltag verboten sein. Ist das Recht zu wetten das höchste Menschenrecht? Ist der ein Reichsfeind, der den Totalisator schilt?

Die Suggestion der Unsittlichkeit führt uns zu unserem Ausgangspunkt zurück. Ja, es ist ein Unterschied zwischen Coreggios Jo oder Leda und der Nacktheit, die wir in den Schaufenstern gewisser Läden sehen. Man braucht nicht dunkelmännisch prüde zu sein, um die Nützlichkeit einer Grenzlinie anzuerkennen. Eine Zensur könnte nützlich wirken, und nur eins läßt sich gegen sie einwenden: daß es noch nie eine einsichtige Zensur gegeben hat.

Eine andere Erscheinungsform der Suggestion ist der Alkoholismus. Wieviele Versuchungen wir auf diesem Gebiete zu bekämpfen haben, wie oft der Willensschwache, erblich Disponierte ihnen unterliegt, wissen wir alle. Der Staat hat unter den Wirkungen des Alkoholismus schwer zu leiden; die Symptome dieser Volkskrankheit, die Verbrechen, verfolgt er mit Feuer und Schwert, dem Uebel selbst wagt er nicht entgegenzutreten.

Man könnte uns entgegenhalten, daß wir Waffen schmieden, die uns selbst verwunden. Weitaus die stärkste Suggestion übt ja die Presse aus, und doch fordern wir Freiheit für die Darlegung unserer Ueberzeugungen. Nun, wir glauben, kein verständiger Journalist wird das Bekenntnis scheuen, daß die Presse unserer Tage auch — neben unendlich vielem Guten — viel Schädliches wirkt. Dazu rechnen wir die eingehende Schilderung von Selbstmorden, Hinrichtungen und die mannigfaltigen Formen moderner Vergiftung der Phantasie durch Pflege des „Sensationellen" um jeden Preis.

Eins aber wird aus unseren Betrachtungen hervorgehen. Dem Staat erwachsen aus der heutigen Bewertung der Suggestion als sozialer Macht Aufgaben, denen er sich nicht entziehen kann. Freilich erfordert ihre Lösung eben so viel Takt wie Energie und setzt die Achtung vor dem Recht des Individuums voraus, die unsere Regierenden bisweilen noch vermissen lassen. Ohne diese Achtung wird jede derartige Aktion nur zur erbitternden und unwirksamen Polizeischikane. Es ist etwas Herrliches um die Freiheit und wenn es dies Wort nicht gäbe, so müßte es erfunden werden. Aber die Freiheit muß kosmisch, nicht anarchisch sein und wenn sie nur Licenz und Schlendrian ist, so gilt das Wort eines geistreichen Franzosen: Die Luft der Freiheit benimmt mir den Atem. G.

Der russisch-japanische Konflikt.

ggk. Es ist selbstverständlich, daß ein Duell zwischen Rußland und Japan die Interessen aller seefahrenden Großmächte berührt. Was die

Haltung Deutschlands

betrifft, so wird dieselbe, da wir nie auf große territoriale Erwerbungen aus gewesen sind und schwerlich jemand daran denken wird, uns unseren Platz an der Sonne zu nehmen, eine sehr zurückhaltende sein können. Das ist auch die Auffassung der leitenden Kreise in Berlin, die in einem Artikel der „Köln. Ztg." zum Ausdruck kommt, an dessen Schlusse es heißt:

Man hatte hier bis zum letzten Augenblicke gehofft, daß der Zwist trotz aller von Tag zu Tag mehr hervortretenden Verschärfungen doch noch eine friedliche Lösung erfahren würde. Die offenkundige und unbestreitbare Friedensliebe des Kaisers von Rußland und ebenso der Widerstand, den Wochen hindurch die japanische Regierung dem Drängen der leidenschaftlich erregten Bevölkerung entgegensetzte, konnten als wichtige Faktoren betrachtet werden, die für die Erhaltung des Friedens in Betracht kamen. Wenn heute die Ereignisse stärker gewesen sind und zu einem Schritte geführt haben, der, wenn er auch noch nicht eine Kriegserklärung bedeutet, dieser doch fast gleichkommt, so können Deutschland und auch seine Presse sich das Zeugnis ausstellen, daß von unserer Seite nichts geschehen ist, um den bestehenden Konflikt zu verschärfen, sondern daß wir durch ruhige, leidenschaftslose Behandlung der Streitfrage diejenigen Elemente in Rußland sowohl als in Japan zu stärken versucht haben, die einen friedlichen Ausgang anstrebten. Wir konnten eine solche Politik befolgen, weil wir sowohl in der Mandschurei als in Korea nicht in vorderer Linie stehen, weder wirtschaftlich noch politisch, vor allem aber deshalb, weil die allgemeine Richtung unserer Politik eine ausgesprochen und aufrichtig friedliche ist und wir den festen Willen haben, uns in die Angelegenheiten anderer Mächte nicht einzumischen, soweit man nicht unsere eigenen mißachtet und schädigt. Und wie wir bisher streng und aufrichtig neutral geblieben sind, so werden wir es auch in Zukunft bleiben . . . Die Aufgabe der deutschen Politik ist unter den obwaltenden Umständen sehr einfach: wie wir früher den dringenden Wunsch hatten, daß die Leiden des Krieges den Russen und Japanern erspart bleiben möchten, so werden wir jetzt unsere Aufmerksamkeit darauf zu richten haben, daß aus dem Zwist in Ostasien nicht weitere Verwickelungen entstehen und daß nicht die dem Kriegsschauplatze benachbarten chinesischen Gebiete in die Störungen hineingezogen werden. Diesem Zwecke aber werden wir am besten dienen durch eine Politik, die keinen Zweifel an unserer loyalen Neutralität aufkommen läßt.

Die Haltung Englands.

Die Meldung vom Abbruch der Verhandlungen ist in London durch Extrablätter verbreitet worden, verursachte aber nach den beunruhigenden Berichten der letzten Tage nirgends große Ueberraschung. Die Morgenblätter machen in russenfeindlichem Tone zumeist Rußland für den traurigen Ausgang der langwierigen Krisis verantwortlich. „Daily Mail" sagt, mit tiefer Teilnahme werde England die Operationen seines Bundesgenossen beobachten, deren Erfolg es erhoffe. Japan kämpfe nicht nur für sich selber, sondern auch für die Sache der offenen Tür und der Vertragsrechte Englands und Amerikas. Wie „Daily News" vernimmt, werde Japan seine Stellung in der Meerenge von Korea sichern und Masampho oder Fusan oder beide Orte besetzen.

Die Feindseligkeiten

haben noch nicht begonnen. Die Gerüchte, daß dies schon geschehen sei, werden von den Petersburger „Birschewija Wjedomosti" als verfrüht bezeichnet. Das Ministerium des Aeußeren habe keinerlei Bestätigung derselben erhalten. Auch ist es nach dem genannten Blatte noch unentschieden, welchem Staate die Vertretung der russischen Interessen in Japan übertragen wird.

Ein eigener Drahtbericht meldet uns aus Berlin, 8. Februar:

Die Berliner japanische Gesandtschaft betrachtet die Lage als kritisch, doch müsse man den Ausbruch des Krieges nicht für unabwendbar erklären. Auf der russischen Botschaft ist man der Meinung, daß der Krieg unvermeidlich sei. Eine Intervention von dritter Seite hatte die russische Botschaft für völlig aussichtslos, da Japan schwerlich zurücktrete. Auf unserem auswärtigen Amt ist nur noch wenig Hoffnung auf friedliche Beilegung vorhanden.

Nachdem Rußland den Japanern mit Fug die Rolle des Angreifers zugeschoben hat, scheint es auch weiterhin bemüht zu bleiben, in der Defensive zu verharren. Es wäre mithin an Japan, die Russen aufzusuchen und anzugreifen. Denn Rußland besitzt bereits alles, worauf es Anspruch erhebt, kann also den Angriff der Japaner ruhig abwarten, einen Angriff, der bei den hohen Kältegraden, die gegenwärtig in der Mandschurei herrschen — man spricht von — 40 Grad Fahrenheit —, auch für die japanische Armee nicht viel verlockendes haben kann. Es ist schon angeführt worden, in Petersburg werde man selbst einen bewaffneten Einfall der Japaner in Korea, die Besetzung der Hauptstadt Söul mit einbegriffen, nicht als Kriegserklärung betrachten und so die kampflustigen Japaner gewissermaßen zwingen, die Russen in der Mandschurei direkt aufzusuchen.

Das schließt natürlich nicht aus, daß zur See trotzdem ein Zusammenstoß erfolgt, dessen Ausgang unberechenbar bleibt. Alle Nachrichten stimmen, so schreibt ein militärischer Mitarbeiter des „Berl. Tagebl.", darin überein, daß eine lebhafte militärisch-maritime Tätigkeit auf russischer sowohl als auch auf japanischer Seite zu verzeichnen ist, aber die Züge der eventuellen Gegner geben noch den Eindruck des Ungewissen und Unentschlossenen. Die russische Flotte, die am Donnerstag Port Arthur verließ, und zwar mit versiegelten Befehlen, ist wieder dorthin zurückgekehrt und lagert außerhalb des Hafens. Sie kann demnach nicht den Auftrag gehabt haben, einen größeren russischen Landungsversuch bei Tschemulpo zu decken. Andererseits dürfte auch die Annahme kaum stichhaltig sein, daß es den Russen darauf angekommen wäre, die japanische Flotte zu dem ersten Schuß zu reizen. Wäre dies wirklich der Fall gewesen, so hätte die Flotte nur in die Straße von Korea einzudringen brauchen, und sie würde ihren Wunsch erfüllt gesehen haben. Daß die russischen Schiffe während der ganzen Kreuzfahrt klar zum Gefecht waren, ist weiter nicht verwunderlich, denn sie mußten selbst dann, wenn es ihnen darum zu tun war, die Japaner so wenig wie möglich zu reizen, unter den obwaltenden Umständen jedenfalls auf alle Eventualitäten vorbereitet sein. Es will uns erscheinen, als wenn die Ausfahrt der russischen Flotte lediglich ein Seemanöver gewesen wäre, wie es für einen Admiral vor Ausbruch eines Krieges abzuhalten dringend wünschenswert erscheint, umsomehr, wenn sich seine Flotte aus Schiffen zusammensetzt, die innerhalb der einzelnen Schiffsklassen an Typ und Geschwindigkeit so verschieden sind, wie die Schiffe der Port Arthur-Flotte.

Selbst wenn es sich aber nicht lediglich um ein unter den augenblicklichen Umständen freilich recht ernstes Manöver gehandelt hätte, brauchte man doch nicht nach dem Grunde der Rückkehr der Flotte nach Port Arthur zu weit zu suchen. Die Nachricht, daß das Gros der japanischen Kriegsflotte bei Wei-Hai-Wei liegt, erklärt alles.

Wenn auch Port Arthur einem Flottenhandstreich gewachsen sein dürfte, wird man es doch russischerseits einem überraschenden Angriff von angeblich 60 japanischen Kriegsschiffen aller Art nicht auszusetzen wünschen, ohne auch zur See einem derartigen Massenangriff in energischer Weise entgegenzutreten. Die Kriegsgeschichte ist reich an Ueberraschungen. Sie lehrt, daß oft für uneinnehmbar gehaltene Festungen in lächerlich kurzer Zeit erliegen, während einfache Landstädtchen, von einem schwachen Gegner durch verstreute Schützengräben befestigt, sich in kürzester Frist unter dem Feuer des Feindes zu formidabeln Festungen entwickelten. Mit der Uneinnehmbarkeit einer Festung, und sei es selbst eine Festung wie Port Arthur, wird daher ein vorsichtiger Kriegslenker niemals rechnen, sondern diese Uneinnehmbarkeit durch alle zur Verfügung stehenden Kampfmittel zu erhöhen bemüht sein.

Jedenfalls dürfte eine russische Demonstration vor dem koreanischen Hafen Tschemulpo, die der russische Gesandte in Söul angedroht haben soll, solange nicht in Frage kommen, als sich eine japanische Flotte von der angegebenen Stärke in Wei-hai-wei befindet. Freilich ist keineswegs ausgeschlossen, daß diese Meldung von der Sammlung der japanischen Kriegsschiffe bei Wei-hai-wei eine von Japan verbreitete Nachricht ist, die vielleicht lediglich den Zweck hatte, die russische Flotte wieder nach Port Arthur zurückzulenken. Die Zukunft kann natürlich erst darüber Aufschluß geben, welche der beiden Annahmen die zutreffende war.

* **Paris**, 8. Februar. Der koreanische Gesandte Jongtschangmin erklärte: „Meine Regierung ist fest entschlossen, die Russen als Freunde zu empfangen; das ganze Volk wird dem russischen Heere die beste Aufnahme bereiten; die nächsten Ereignisse denke ich mir so: Die russische und japanische Flotte werden einen Wettlauf nach den südchinesischen Gewässern unternehmen; die ersten Seegefechte werden in der Nähe von Tonkin stattfinden; der russische Admiral Stark hat nämlich das größte Interesse, zu verhindern, daß die beiden genuesischen Schnellkreuzer zur japanischen Flotte stoßen; die Japaner andererseits werden sich zwischen die Flotte Starcks und die aus dem Mittelmeer herbeieilende russische Verstärkung werfen wollen.

Interessant ist ferner, daß Rußland beabsichtigt, über die

Eisdecke des Baikalsees

in Mittelsibirien einen Schienenstrang zu legen, der den Anschluß an die Bahn jenseit des Sees herstellt. Der Bau der Bahn um den See herum ist mit allen Kräften gefördert worden, konnte jedoch bisher nicht völlig fertiggestellt werden. Zur Zeit existiert nur ein Trajektschiff zwischen Baikal und Mysslowaja, das eine Entfernung von 70 Werst zu durchfahren hat; durch den neuen Schienenstrang wird der Weg auf 38 Werst (die Werst beträgt rund ein Kilometer) abgekürzt. Derartige Schienenlegungen über Eisdecken sind in Rußland nicht neu, die hier geplante ist allerdings nicht gar zu leicht durchführbar oder betriebssicher. Die örtlichen Verhältnisse bringen es mit sich, daß sich in den kleinen und größeren Ausbuchtungen Eismassen auftürmen, die nicht so ohne weiteres zu über- oder zu durchschneiden sind, außerdem bringen diese Formationen Risse und offene Stellen mit sich, die für Truppentransporte nicht ungefährlich sind. Da man trotz dieser Fährnisse das Projekt wagen will, wird auf eine sehr energische und eilige Durchführung des Aufmarsches im Osten geschlossen werden müssen.

Die Integrität Chinas

war bekanntlich der Punkt, an welchem die Verhandlungen scheiterten. Japan drang mit aller Energie darauf, daß sie von Rußland vertragsmäßig anerkannt würde. Aber wie hat sich Japan selbst an dieses Dogma gehalten? Es hat in seinem Kriege mit China ohne Skrupel diese Maxime verletzt, indem es die große Insel Formosa annektierte, und wenn ihm nicht die europäischen Großmächte in die Arme gefallen wären, hätte es auch noch Korea eingesteckt. Ferner befinden sich einige Teile chinesischer Besitzungen unter verschiedenartigstem juridischen Regime, Einflußsphären kreuzen sich mit Interessensphären, Settlements mit gepachteten Landstücken, als unentrigbar erklärte Landstücke mit privilegiertem Hinterlande, erteilte Konzessionen mit versprochenen und sogar mit abgelehnten. Von der Integrität Chinas kann man ja sprechen, doch muß man dann die letzten 65 Jahre europäisch-chinesischer Geschichte, beginnend mit der Einnahme von Hongkong, streichen.

Deutsches Reich.

* Leipzig, 8. Februar.

* **Der 20. sächsische Reichstagswahlkreis Zschopau-Marienberg**, dessen Vertreter Rösenow plötzlich gestorben ist, gehörte in früheren Jahrzehnten zum Besitzstande der nationalliberalen und der Reichspartei, und erst bei den Wahlen des Jahres 1898 fiel er den Sozialdemokraten zu. Von 1871 bis 1878 wurde er durch Dr. Brockhaus (nationalliberal) vertreten. Im letztgenannten Jahre gelang es überraschender Weise dem sozialdemokratischen Kandidaten Wiemer, bei der Stichwahl seinen konservativen Gegner zu schlagen. Aber schon bei der nächsten Wahl im Jahre 1881 wurde Wiemer durch den der liberalen Vereinigung angehörenden Handelskammersekretär Kutschbach verdrängt. Von 1884 bis 1893 war der Wahlkreis im Besitze der Reichspartei und wurde durch den Fabrikanten Gehlert vertreten. Im Jahre 1893 wurde die Reichspartei von den Konservativen abgelöst, deren Kandidat, Rittergutsbesitzer v. Herder, mit einer Mehrheit von 1900 Stimmen gegen den Sozialdemokraten siegte. Fünf Jahre später (1898) errangen jedoch die letzteren in der Stichwahl den Sieg. Es war das auf die Zersplitterung der bürgerlichen Parteien und auf die Sonderaufstellung eines Kandidaten der deutschsozialen Reformpartei zurückzuführen. Bei jener Wahl erhielten der Sozialdemokrat 8699, der Konservative 6066 und der Deutschsoziale 4336 Stimmen. Die Stichwahl ergab die Wahl Rösenows mit 10 262 Stimmen gegen 10 162, die der konservative Gegner erhielt. Bei den Wahlen im Jahre 1903 wurden 23 506 gültige Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf Rösenow 13 616, und auf den von der Reichspartei aufgestellten Geh. Finanzrat Dr. Jencke 9876 Stimmen. Der Erstere hatte also dieses Mal mit einem Vorsprung von 3740 Stimmen gesiegt. Diese Ziffern beweisen, daß es der größten Anstrengung und der Einmütigkeit aller bürgerlichen Elemente bedarf,

SLUB
Wir führen Wissen.